

- 1 IR-05
2 Antragsteller: KV Viersen
3
4 Der Landesparteitag möge beschließen:
5
6 **Öffentliche Sicherheit**
7
8 Die NRWSPD fordert Maßnahmen zur Aufklärung der
9 zunehmenden Radikalisierung in der bundesdeutschen
10 Bevölkerung. Neben konkreten Maßnahmen in der
11 Gesetzgebung sind verstärkt Mittel zur Verbesserung
12 der politischen Bildung bereitzustellen.
13
14 **Begründung**
15 Die öffentliche Sicherheit wird längst nicht mehr nur
16 durch kriminelle Aktionen, terroristische Umtriebe und
17 illegale Machenschaften gefährdet, sondern zuneh-
18 mend ist auch eine gewisse Radikalisierung in Teilen
19 der Bevölkerung festzustellen.
20
21 Die öffentliche Sicherheit umfasst nach allgemein an-
22 erkannter Definition die Unversehrtheit der objektiven
23 Rechtsordnung, der subjektiven Rechte und Rechtsgü-
24 ter des Einzelnen und die Funktionsfähigkeit von Ein-
25 richtungen und Veranstaltungen des Staates.
26
27 Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung muss
28 Angriffe auf eben diese Ordnung bis zu einem gewis-
29 sen Grad aushalten, das ist der Preis der Freiheit. Die er-
30 kennbaren Tendenzen einer aggressiven und illeberalen
31 Haltung gehen aber mittlerweile in eine Richtung, die
32 die öffentliche Sicherheit langsam, aber stetig latent ge-
33 fährden.
34
35 Den demokratischen Parteien kommt die Aufgabe zu,
36 diesen Entwicklungen mit allen verfügbaren Mitteln
37 entgegen zu treten. Neben den klassischen Instrumen-
38 ten der parlamentarischen Demokratie ist es erforder-
39 lich, politische Aufklärung und Bildung wieder verstärkt
40 in den Vordergrund zu stellen.

Empfehlung der Antragskommission: Erledigt

Erledigt durch Annahme von L-01